



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 12. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 28.09.2010,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:03

Ende: 20:52



**Anwesenheitsliste**

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid ab TOP 6 ö.S.

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

bis TOP 23 ö.S.

Alexander Ellinghaus

ab TOP 3 ö.S.

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

ab TOP 3 ö.S.

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Dr. Elke Wissing

ab TOP 3 ö.S.

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Jürgen Bibus

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Claus Eisenstein

(Jugendamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Gregor Hayn

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Ralf Bernhard

(Stadtbauamt)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Rudolf Boesche

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Horst Pedé

(Pressestelle)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Dr. Thomas Bals



Rolf Morio

FDP

Jochen Silbernagel



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass Tagesordnungspunkt 2 der öffentlichen Sitzung entfallen muss, da Frau Julier erkrankt sei. Man werde die Vorstellung für die Stadtratssitzung am 9. November 2010 vorsehen.

Der Vorsitzende bat darum, den Tagesordnungspunkt 17 der öffentlichen Sitzung „Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd, Zuschussgewährung für das Gebäude 012“ von der Tagesordnung abzusetzen. Es habe sich nach der Beratung im Stadtvorstand gezeigt, dass hier noch Beratungsbedarf bestehe.

**Der Stadtrat stimmte der Absetzung dieses Tagesordnungspunktes einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

### **T a g e s o r d n u n g**

#### **Ö f f e n t l i c h e   S i t z u n g**

1. Einwohnerfragestunde
2. Ausgesetzter Beschluss zur Zweitwohnungssteuersatzung
3. Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP; Erhöhung des Friedhofsbudgets für die Stadtdörfer  
Vorlage: 101/089/2010
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Sachstandsbericht zum Ausbau B 10  
Vorlage: 101/090/2010
5. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Unterstützung der Integrierten Gesamtschule als Schwerpunktschule  
Vorlage: 101/092/2010
6. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ideenwettbewerb zur Umgestaltung des Untertorplatzes  
Vorlage: 101/093/2010
7. Resolution zur Besteuerung von Eisenbahnfahrzeugen des Personenverkehrs beim Einsatz in Frankreich  
Vorlage: 100/024/2010
8. Bestellung der ehrenamtlichen Gutachterinnen und Gutachter des Gutachterausschusses für Grundstückswerte für den Bereich der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 100/023/2010
9. Ergänzung des Werksausschusses Gebäudemanagement  
Vorlage: 101/091/2010
10. Änderung der Hauptsatzung  
Vorlage: 300/030/2010
11. Änderung der Betriebssatzung für das Gebäudemanagement Landau - Eigenbetrieb



Vorlage: 300/031/2010

12. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2010 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau  
Vorlage: 240/020/2010
- 12.1. 1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2010  
Vorlage: 820/030/2010
13. Aufhebung der "Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Altstadt Landau Nord-West'"  
Vorlage: 610/060/2010
14. Aufhebung der "Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Landau Godramstein - mittlerer Ortskern'"  
Vorlage: 610/061/2010
15. Bebauungsplan D 11 "Froschau" der Stadt Landau in der Pfalz, Aufstellungsbeschluss (Gebiet in der Gemarkung Landau, östlich der Kraftgasse, südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65 - genaue Abgrenzung siehe Anlage 1)  
Vorlage: 610/064/2010
16. Aufstellung des Bebauungsplanes C25 "Konversion Landau-Süd / Landesgartenschau"  
Vorlage: 860/042/2010
17. Aufstellung der 11. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C25 "Konversion Landau-Süd / Landesgartenschau"  
Vorlage: 860/043/2010
18. Jahresabschluss 2009 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts  
Vorlage: 860/047/2010
19. 2. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau  
Vorlage: 860/048/2010
20. Leitbild EWL  
Vorlage: 860/037/2010
21. Einstufung des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters  
Vorlage: 110/054/2010
22. Informationen zur Landesgartenschau
23. Verschiedenes



## Öffentliche Sitzung





## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

### **Einwohnerfragestunde**

Herr Dumröse bemängelte, dass das Schild auf dem Ebenberg dreckig und zugewachsen sei. Er wollte wissen, wer für das Naturschutzgebiet verantwortlich sei.

Beigeordneter Klemm teilte mit, dass die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hierfür zuständig sei. Er werde über das Umweltamt weiteres veranlassen und die Frage schriftlich beantworten.

Herr Dumröse bat darum, insgesamt für eine bessere Beschilderung zu sorgen, da dort teilweise auch mit Mopeds und Motorrädern durchgefahren werde.

Der Vorsitzende ergänzte, dass der Ebenberg kein Naherholungsgebiet sondern ein Naturschutzgebiet sei.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

**Ausgesetzter Beschluss zur Zweitwohnungssteuersatzung**

Der Vorsitzende informierte den Stadtrat, dass die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier seine Entscheidung, den Beschluss vom 31. August 2010 auszusetzen, mit Schreiben vom 27. September 2010 bestätigt hat. Der Beschluss ist rechtswidrig. Es gebe nun für den Stadtrat die Möglichkeit, gegen den Beschluss der ADD zu klagen. Allerdings müsse der Stadtrat einen Beschluss fassen, ob er klage oder nicht. Ein Nichttätigwerden reiche nicht. Daher werde er den Stadtrat am 26. Oktober um 17.00 Uhr zu einer Sondersitzung einberufen, der Hauptausschuss am gleichen Tag beginne dann um 17.30 Uhr.

Ratsmitglied Heuberger erklärte, dass ihm zu Ohren gekommen sei, dass der betreffende Student, der Auslöser dieser Entscheidung gewesen sei, gar nicht in Landau sondern in Mainz studiere. Er wolle wissen, ob dies zutreffe.

Der Vorsitzende bestätigte dies. Diese Behauptung sei korrekt, was er aber am Tag der Entscheidung am 31. August nicht gewusst habe. Allerdings müsse man den Beschluss unabhängig von diesem Einzelfall sehen.

**Der Stadtrat nahm von der Entscheidung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vom 27. September 2010 Kenntnis.**



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### **Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP; Erhöhung des Friedhofsbudgets für die Stadtdörfer**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP vom 30. August 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Kern begründete den Antrag. Die Problematik, dass die Budgets für die Friedhöfe nicht mehr ausreichen, bestehe seit 2009. Grund sei, dass die Stundensätze um 11,44 Euro je Stunde, nicht aber das Budget erhöht worden seien. Daraus seien im Jahr 2009 die Fehlbeträge entstanden, die jetzt in 2010 übertragen worden seien. In der Folge reichen die Budgets für das laufende Jahr jetzt erst Recht nicht aus. Die Friedhöfe seien generell in großen finanziellen Schwierigkeiten, was aber nicht an einer schlechten Betriebsführung liege. Vielmehr sei der starke Rückgang an Bestattungen und die veränderte Bestattungskultur der Grund. Die Urnenbestattungen hätten mittlerweile einen Anteil von 50 %. In Landau befinde man sich zudem am oberen Segment bei den Friedhofsgebühren. Daher sei eine Erhöhung der Friedhofsgebühren absolut auszuschließen. Als Lösung könne man sich an der Stellungnahme der Friedhofsverwaltung orientieren, die aufführe dass etliche Gemeinden die ungedeckten Ausgaben über das öffentliche Grün finanzieren. Er halte in Landau einen Anteil von 35 % an öffentlichem Grün auf den Friedhöfen für angemessen. Friedhöfe seien eine öffentliche Kommunikationsfläche, die auch als Park zu sehen seien.

Der Vorsitzende erklärte, dass er grundsätzlich Verständnis für die Position der drei Fraktionen habe. Im städtischen Haushalt wäre dies aber eine freiwillige Aufgabe und müsste dann über die Friedhofsgebühren abgebildet werden. Wenn ein Friedhof Parkcharakter habe, dann der Hauptfriedhof. Es könne nicht sein, dass bei einer solchen Regelung, die reinen Stadtteilmfriedhöfe bezuschusst würden und der Hauptfriedhof nicht. Dann rede man aber über eine deutlich höhere Summe. Er empfehle daher, den Antrag in den Haushaltsberatungen für 2011 weiter zu beraten.

Ratsmitglied Dr. Kopf begrüßte den vorliegenden Antrag und erklärte die Zustimmung der SPD-Stadtratsfraktion. In den Stadtteilen würden viele Ehrenamtliche schon die Arbeiten auf den Friedhöfen übernehmen und sich darum kümmern. Was bei dem Antrag fehle, sei ein Deckungsvorschlag. Klar sei für die SPD, dass die Friedhofsgebühren deswegen nicht steigen dürften. Dies wäre den Bürgern nicht zuzumuten. Er sei aber sicher, dass man eine vermittelnde Lösung finden werde, die auch nicht von der ADD beanstandet werden müsse. Der Antrag sei notwendig gewesen, weil man nicht die Ortsteile und die dort ehrenamtlich Verantwortlichen im Regen stehen lassen könne.

Ratsmitglied Schröer sah noch einiges an Klärungsbedarf in diesem Antrag. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seien aber durchaus an einer einvernehmlichen Lösung ohne Gebührenerhöhung interessiert.

Ratsmitglied Freiermuth stellte fest, dass der Friedhof in den Ortsteilen Kommunikationszentrum sei. Daher dürfe man den Friedhof nicht einfach in irgendeine Standardecke schieben.

Ratsmitglied Pfaffmann hielt eine gemeinsame Linie für begrüßenswert.

Ratsmitglied Marquardt befürwortete den Antrag ebenfalls. Der Antrag erhöhe den finanziellen Spielraum der Stadtteile. Es dürfe aber nicht über eine Gebührenerhöhung gehen. Er kritisiere, dass die Arbeiten oft von 1-Euro-Jobbern ausgeführt werden. Diese wichtigen Tätigkeiten sollten aber gut entlohnt werden.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass Friedhöfe gebührenrechnende Einrichtungen seien. Das heißt, die Kosten müssten über die eingehenden Gebühren aus den Sterbefällen getragen werden. Es sei ja



alles richtig, was gesagt worden sei. Er müsse aber immer wieder auf das enorme städtische Defizit hinweisen.

Ratsmitglied Eichhorn machte noch mal deutlich, dass es bei der Einführung des Stadtteilbudgets zwei Teile gegeben habe. Das Friedhofsbudget sei herausgenommen worden aus dem normalen Budget. Wenn man den Standard halten wolle, könne man nicht das Friedhofsbudget um mehr als ein Drittel reduzieren. Wenn man sage, dass der Friedhof Erholungscharakter habe und Kommunikationsstätte sei, dann müsse man fairerweise auch sagen, dass es dort viel Grün gebe und damit öffentliche Grünflächen.

Ratsmitglied Hott war damit einverstanden, den Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen weiter zu beraten. Man werde dann auch einen Deckungsvorschlag vorlegen.

Ratsmitglied Kern empfand die Argumentation mit dem gebührenrechnenden System bei den Friedhöfen als nicht nachvollziehbar. Die Gebühren in den Umlandgemeinden seien maximal ein Zehntel dessen, was die Bürger in Landau zahlen. So könne es auch nicht weitergehen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP vom 30. August 2010, das Friedhofsbudget für die Stadtdörfer ab 2010 den veränderten Stundensätzen anzupassen, wird in die Haushaltsberatungen verwiesen.**



#### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

#### Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Sachstandsbericht zum Ausbau B 10

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 8. September 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Der Planfeststellungsbeschluss liege in der Verwaltung noch nicht vor. Wenn der Beschluss vorliege, bestehe vier Wochen die Möglichkeit zu klagen. Mehr könne er zum Inhalt des Verfahrens derzeit nicht sagen. Im Ältestenrat habe Einigkeit bestanden, dass man sich politisch mit der Landesregierung auseinandersetze aber nicht juristisch. Es gebe für die Stadt auch keine erkennbaren Ansatzpunkte, die eine erfolgreiche Klage rechtfertigen würde. Die Stadt müsste deutlich machen, dass sie in ihrer Planungshoheit berührt sei. Dies könne er aber nicht erkennen. Artenschutzrechtlich habe man als Kommune keine Klagebefugnis. Er schlage vor, noch mal den politischen Beschluss zu bekräftigen.

Ratsmitglied Dr. Kopf bekräftigte den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die politische Position der Stadt Landau und damit die Resolution zu bekräftigen. Wenn eine Klage erfolgversprechend wäre, würde er auch dazu tendieren, zu klagen. Das was bisher in den Unterlagen vorliege, reiche sicher nicht aus, eine Klage hätte keinen Erfolg. Wichtig sei ihm, dass man den Planfeststellungsbeschluss aufschlüssele und aufzeige, ob die damaligen Bedenken und Anregungen der Stadt umgesetzt wurden. Die SPD-Stadtratsfraktion brauche keine Stadtautobahn.

Ratsmitglied Kautzmann schloss sich den Ausführungen der Verwaltung an. Man halte eine Klage ebenfalls für nicht erfolgversprechend, wenn sich keine neuen Erkenntnisse ergäben. Man sollte aber genau prüfen, ob auf die Probleme, die man angesprochen habe, eingegangen worden sei. Die CDU sei nach wie vor der Auffassung, dass es keinen vorauseilenden Gehorsam gebe, ohne dass Lösungen für vierspurige Röhren für die Tunnel bei Annweiler gefunden seien. Der Ausbau der B 10 zur A 8 zwischen Landau und Annweiler mache ansonsten keinen Sinn. Es gebe dann keine Notwendigkeit für die Zerstörung der Landschaft und es habe auch keinen wirtschaftlichen Nutzen. An dieser Position der CDU werde sich nichts ändern.

Ratsmitglied Ellinghaus sprach von einem urgrünen Thema. Es falle daher schwer, nicht für eine Klage zu plädieren. Die Naturschutzverbände würden dies teilweise von den Grünen erwarten. Die Rechtslage sei aber eindeutig. Eine Klage würde das Gericht unnütz beschäftigen. Umso wichtiger sei es, dass die Stadt ihre Haltung zum Planfeststellungsbeschluss deutlich mache und die Resolution bekräftige.

Ratsmitglied Volkhardt unterstrich, dass die Haltung der FWG-Stadtratsfraktion unverändert sei. Man sei nach wie vor grundsätzlich für den Ausbau der B 10, wenn drei Voraussetzungen erfüllt seien. Zum einen müsse als zentraler Punkt die Tunnellösung bei Annweiler geklärt sein. Weiter müsse der Lärmschutz geklärt werden und das Nachtfahrverbot müsse bestehen bleiben.

Ratsmitglied Dr. Wissing machte klar, dass die FDP für den Ausbau der B 10 sein. Daher sei die FDP-Stadtratsfraktion gegen eine erneute Resolution und natürlich auch gegen eine Klage.

Ratsmitglied Dr. Migl war enttäuscht darüber, dass die Grünen eine Klage direkt ablehnten. Wie wolle man eine Erfolglosigkeit beurteilen, wenn man den genauen Text des Planfeststellungsbeschlusses noch gar nicht kenne. Bei anderen Straßenprojekten hätten Gemeinden auch geklagt. Eine Entscheidung gegen eine Klage halte sie für verfrüht. Sich politisch dagegen einzusetzen, reiche jetzt nicht mehr aus. Das Land habe ja klar gemacht, dass es den Ausbau wolle. Daher müsse man nun auch juristische Mittel prüfen. Man sollte hier jetzt nicht hasenfüßig sein und sich ernsthaft mit der Möglichkeit einer Klage beschäftigen.

Der Vorsitzende unterstrich, dass er bei allen Terminen des Mediationsverfahrens die Position der Stadt sehr deutlich gemacht habe. Der Stadtrat müsse im Gesamtinteresse entscheiden, dabei könne



man es nie allein Recht machen. Wenn der Beschluss vorliege, werde man eine Synopse erstellen und diese dem Stadtrat vorlegen. Dann könne man gemeinsam entscheiden.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Unterstützung der Integrierten Gesamtschule als Schwerpunktschule

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20. September 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröder begründete den Antrag. Ihres Wissens habe der Leiter der Integrierten Gesamtschule, Herr Haug, einen entsprechenden Antrag bei der ADD gestellt. Ihr gehe es darum, dass der Stadtrat dieses Anliegen und die erforderlichen baulichen Maßnahmen unterstütze.

Der Vorsitzende erklärte, dass dieser Antrag haushaltsrelevant sei. Hier wären für eine Barrierefreiheit erhebliche finanzielle Mittel notwendig. Er schlage daher vor, diesen Antrag in die Haushaltsberatungen zu verweisen.

Ratsmitglied Schröder betonte nochmals, dass der Antrag wohl schon bei der ADD gestellt sei. Sie interessiere, ob die ADD vor einer Entscheidung eine Stellungnahme der Verwaltung anfordere.

Ratsmitglied Ludwig schlug vor, den Antrag in die Fachausschüsse zu verweisen. Es seien noch zu viele Fragen offen.

Ratsmitglied Müller erklärte, dass die Schwerpunktschulen in der Bildungslandschaft fest verankert und auch politischer Wille seien. Hierfür benötige man aber bauliche und behindertengerechte Veränderungen. Eine ausgewiesene Schwerpunktschule brauche zusätzlich noch Differenzierungsräume, behindertengerechte Toiletten und Aufzüge. In Landau gebe es aber ein sehr gutes Angebot an Förderschulen. In nächster Nähe gebe es zwei Schwerpunktschulen im Sekundarbereich I. Man solle eine solche Entscheidung zum derzeitigen Zeitpunkt sehr gut überlegen. Die CDU-Stadtratsfraktion habe hier große Bedenken.

Ratsmitglied Freiermuth warnte davor, hier jetzt ein Fass aufzumachen. Die Kosten könne man gar nicht mehr bewältigen. In den anderen Schulen habe man derzeit ganz andere Probleme.

Ratsmitglied Dr. Wissing fand eine Schwerpunktschule zwar wünschenswert, allerdings müsse man die Kosten im Auge behalten. Sie glaube nicht, dass man dies finanziell schultern könne.

Ratsmitglied Dr. Migl bezeichnete den Antrag der IGS eine Schwerpunktschule zu werden, sehr konsequent. Die Landesregierung plane mittelfristig eine Auflösung der Förderschulen. Vom Ansatz her sehe sie den Antrag positiv, die Frage sei nur, ob dies so schnell umsetzbar sei. Dies müsse man bei den Haushaltsberatungen sehen. Geld für die Integration von behinderten Menschen in die Hand zu nehmen, sei eine sehr wichtige gesellschaftspolitische Forderung.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Meinung, dass falsche Prioritäten gesetzt und das Geld falsch eingesetzt werde. Wer sich eine Landesgartenschau leiste, habe Geld. Man müsse es nur anders einsetzen.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man jedes Jahr 25 Millionen Euro zu wenig habe. Der ständige Hinweis auf die Landesgartenschau nutze sich allmählich ab. Wenn man jedes Jahr 45 Millionen Euro für Jugend und Soziales ausbebe, dann sei es nicht statthaft so zu tun, als hätte man für Bedürftige kein Geld. Von 4 Millionen Euro jährlicher Kreditaufnahme seien alleine 2,5 Millionen für die Schulen reserviert. Schon jetzt dürften die Regelschulen schon Kinder mit Beeinträchtigungen aufnehmen und dies geschehe auch.

Ratsmitglied Brunner verwies darauf, dass beispielsweise die IGS Kandel eine Schwerpunktschule sei. Die Kreisverwaltung spare sich dadurch die Kosten für die Integrationshelfer. Es erfolge hier keine



Differenzierung nach Beeinträchtigt und nicht beeinträchtigt. Es gehe letztlich darum, keine Kinder zu separieren. Mittelfristig spare man mit einer Schwerpunktschule sogar Geld.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20. September 2010, den Antrag der Integrierten Gesamtschule auf Einrichtung einer Schwerpunktschule zu unterstützen, wird in die Haushaltsberatungen verwiesen.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Ideenwettbewerb zur Umgestaltung des Untertorplatzes**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 21. September 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Heuberger begründete den Antrag. Die bei der Bürgerversammlung vorgestellten beiden Entwürfe hätten nicht überzeugt. Sie würden im Gegenteil bei dem ein oder anderen Unternehmen zur Überlegung führen, den Standort zu verlassen. Man wolle nicht nur Schönheit, sondern auch Funktionalität. Es sei noch genügend Zeit, eine gute Lösung unter Beteiligung der Bürger zu erarbeiten.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Städtebaufördermittel gekürzt werden sollen. Er schlage vor, diesen Antrag ebenfalls in die anstehenden Haushaltsberatungen aufzunehmen, da für einen solchen Wettbewerb mit Kosten von ca. 20.000 Euro zu rechnen sei. Vom Grundsatz her sei die Umgestaltung des Untertorplatzes ja schon beschlossen. Zum städtebaulichen Konzept sei in der Bürgerversammlung nichts gesagt worden. Es sei ausschließlich um den Autoverkehr und um Parkplätze gegangen.

Ratsmitglied Dr. Kopf sah keinen Bedarf für eine Beratung dieses Antrages. Er könne nicht erkennen, was der Fachausschuss hier noch weiter beraten solle. Die Planung sei durch Grundsatzbeschluss quasi schon vergeben.

Der Vorsitzende ergänzte, dass im übernächsten Bauausschuss der endgültige Beschluss gefasst werden solle.

Ratsmitglied Schröer war der Meinung, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen, um dort weiter darüber zu beraten.

Ratsmitglied Volkhardt wollte wissen, was denn eigentlich schon vergeben sei. Im Moment würden ja Tiefbauarbeiten laufen.

Ratsmitglied Dr. Wissing bat ebenfalls darum, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass man sich angesichts des städtischen Defizits einen Ideenwettbewerb für 20.000 Euro nicht leisten könne. Für die UBFL-Stadtratsfraktion habe auch die Sanierung des Untertorplatzes keine Priorität.

Ratsmitglied Burckhardt machte deutlich, dass beim Bürgerforum zwei Pläne vorgestellt worden seien. Die Verwaltung habe dabei deutlich gemacht, dass einer der beiden Pläne zum Tragen kommen werde. Also gebe es doch wohl schon Pläne, die aber bisher den Gremien vorenthalten worden seien.

Der Vorsitzende erwiderte, dass die Verwaltung natürlich mit Vorschlägen in ein solches Bürgerforum gehe. Alles andere wäre ja auch Quatsch.

Herr Bernhard erklärte, dass die derzeitigen Arbeiten nur die Verlegung der Hausanschlüsse seien. Dies habe mit dem Ausbau des Platzes überhaupt nichts zu tun. Man begrüße dies aber, dann könne man im nächsten Jahr bei den Ausbauarbeiten Zeit sparen.

Ratsmitglied Hott bat darum, den Antrag nicht abzustimmen, sondern in den Bauausschuss zu verweisen. Im nächsten Bauausschuss am 5. Oktober sollten wenigstens die beiden Pläne vorgestellt werden.

Der Vorsitzende sicherte zu, die beiden Pläne im nächsten Bauausschuss vorzustellen.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 21. September 2010, zur baulichen Umgestaltung des Untertorplatzes einen Ideenwettbewerb an Fachplaner auszuschreiben, wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege und in die Haushaltsberatungen verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Resolution zur Besteuerung von Eisenbahnfahrzeugen des Personenverkehrs beim Einsatz in Frankreich**

Der Vorsitzende erläuterte die Resolution, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Mit dem Kreis sei er einig, eine textlich nahezu übereinstimmende Resolution zu verabschieden.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass die Einführung dieser Steuer den erfolgreichen grenzüberschreitenden Bahnverkehr zwischen der Südpfalz und dem Elsass gefährde. Die SPD-Stadtratsfraktion unterstütze diese Resolution. Der grenzübergreifende Bahnverkehr habe sich zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt. Dies dürfe nun nicht durch diese Steuer auf Abstellgleis geschoben werden. Man sei an einer weiteren Attraktivitätssteigerung des ÖPNV interessiert, was durch diese Steuer aber gefährdet sei. Es sei ein gutes Zeichen, wenn man auf deutscher Seite unsere Interessen aufzeige und damit auch die Bemühungen der französischen Kollegen unterstütze. Er hielte es auch für gut, wenn alle drei Gebietskörperschaften mit einer Stimme sprechen würden.

Ratsmitglied Kautzmann unterstützte die Ausführungen von Herrn Dr. Ingenthron. Die Besteuerung wäre der Tod des grenzüberschreitenden Zugverkehrs. Die CDU-Stadtratsfraktion unterstütze selbstverständlich diese Resolution. Der Oberrheinrat bespreche dieses Anliegen auf Bitte des Ministerpräsidenten ebenfalls. Es müssten möglichst viele hier aktiv werden, um Paris dazu zu bringen, den Grenzregionen gerecht zu werden. Ansonsten wäre alles, was man jahrelang aufgebaut habe, in Frage gestellt. Dies wäre eine Katastrophe.

Ratsmitglied Schröer war der Auffassung, dass diese Steuer die gesamte Entwicklung im Oberrheingraben und in der Pamina-Region konterkariere. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Resolution ebenfalls zu.

Ratsmitglied Volkhardt hoffte, dass diese Resolution in Frankreich Wirkung zeige und stimmte für die FWG-Stadtratsfraktion ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Wissing sah hier keine Zuständigkeit der Kommunen. Dies sollte von der Landesregierung geregelt werden. Daher werde sich die FDP-Stadtratsfraktion enthalten.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion die Resolution ebenfalls unterstütze.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 3 Enthaltungen:

**die in der Anlage beigelegte Resolution zur Besteuerung von Eisenbahnfahrzeugen des Personenverkehrs beim Einsatz in Frankreich.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

**Bestellung der ehrenamtlichen Gutachterinnen und Gutachter des Gutachterausschusses für Grundstückswerte für den Bereich der Stadt Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 7. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hott schlug als weiteren ehrenamtlichen Beisitzer Herrn Rudi Eichhorn vor.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz schlägt dem Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz in Koblenz vor, nachfolgende Personen als Gutachterinnen und Gutachter in den Gutachterausschuss für Grundstückswerte für den Bereich der Stadt Landau in der Pfalz zu bestellen:**

1. Herr Klaus-Peter Loose, An 44 Nr. 11, 76829 Landau in der Pfalz
2. Frau Annette Bold-Miekisch, Fichtenstraße 9, 66987 Thaleischweiler-Fröschen
3. Herr Hans-Peter Hertel, Walsheimer Weg 24, 76829 Landau in der Pfalz
4. Herr Uwe Knauth, Westbahnstraße 6, 76829 Landau in der Pfalz
5. Herr Otto Schönbeck, Speyerer Straße 32, 76829 Landau in der Pfalz
6. Herr Otto Pfirrmann, Wollmesheimer Hauptstraße 84, 76829 Landau in der Pfalz
7. Frau Rita Martin, Rohrbacher Straße 2, 76831 Billigheim-Ingenheim
8. Herr Thomas Laub, Hauptstraße 97, 76831 Göcklingen
9. Herr Martin Schreieck, Kirchhohl 15, 76829 Landau in der Pfalz
10. Herr Dieter Kissel, Nordring 33, 76829 Landau in der Pfalz
11. Herr Franz Mayer, Hans-Mayer-Weg 5 a, 76829 Landau in der Pfalz
12. Herr Rudi Eichhorn, Bauerngasse 4, 76829 Landau in der Pfalz



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Ergänzung des Werksausschusses Gebäudemanagement**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 16. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt Herrn Dieter Kindler als Beschäftigtenvertreter mit beratender Stimme und Herrn Alexander Henrich als Vertreter in den Werksausschuss Gebäudemanagement.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Änderung der Hauptsatzung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 27. August 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion diese Sitzungsvorlage und auch die nachfolgende ablehnen werde. Man sehe hier die demokratische Mitwirkung der Ausschüsse beschnitten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Hauptsatzung als Satzung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Änderung der Betriebssatzung für das Gebäudemanagement Landau - Eigenbetrieb**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 1. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigelegten Entwurf zur Änderung der Betriebssatzung für das Gebäudemanagement Landau – Eigenbetrieb**

**als Satzung.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

### **1. Nachtragshaushaltssatzung 2010 mit Nachtragshaushaltsplan, Nachtragsstellenplan und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 8. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Nachtragshaushalt sei nicht dazu da, umfangreiche Haushaltsreden zu halten. Dennoch wolle er auf einige Punkte in dem leicht veränderten Zahlenwerk eingehen. Die CDU habe ja beantragt, mit dem Nachtragshaushalt eine verbindliche Investitionsplanung bis zum Jahr 2014 vorzunehmen. Es sei deutlich geworden, wie richtig und wichtig dies sei. Genauso wichtig sei es aber, dass man auch die entsprechende Disziplin bewahrt und nicht durch Anträge alles auf den Kopf stellt.

Trotz mancher Hiobsbotschaften bleibe Landau eine Stadt mit Zukunft. Davon zeuge die Entwicklung der Wirtschaft, der Universität und der Schulen. Die demographische Entwicklung treffe Landau bisher noch nicht in großem Umfang. Landau sei eine Stadt, die langsam noch wachse. Zu denken sei an die Herausforderungen der Konversion, die man meisterhaft bewältige. Das gleiche gelte für die Entwicklung der Kindertagesstätten und der Innenstadt.

Er könne, was die allgemeine Haushaltslage betreffe, keine Entwarnung geben. Unsere prekäre Finanzlage habe aber nicht in erster Linie konjunkturelle, sondern strukturelle Ursachen. Die Pflichtausgaben für die Pflichtaufgaben und die Finanzausstattung klaffen weit auseinander. Selbst für Investitionen in Unabweisbares und Unaufschiebbares seien keine Mittel da. Zum wiederholten Mal mache er deutlich, dass eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen notwendig sei. Das Land habe mit dem Entschuldungsfonds einen ersten vorsichtigen Schritt unternommen. Dies werde aber nicht ausreichen.

Dennoch sei es ein richtiger Beschluss gewesen, im Jahre 2014 die Landesgartenschau auszurichten. Hier gehe es um unabwiesbare Investitionen im Rahmen der Konversionsbewältigung und nicht um ein Prestigeobjekt. Die Alternative wäre, die Entwicklung der Südstadt und des ehemaligen Kasernenareals aufzugeben und dem Verfall preiszugeben. Dies wäre der falsche Weg.

Zugegebenermaßen seien die Rahmenbedingungen schwierig, jedoch gelte hier ein Zitat des griechischen Philosophen Demokrit: „Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende“. In die Neuzeit übertragen heiße dies: „Wer kein Ziel habe, könne es auch nicht erreichen.“

Im Ergebnis gebe es im vorliegenden Nachtragshaushaltsentwurf eine Verschlechterung um 770.000 Euro auf einen Fehlbetrag von 24,25 Millionen Euro. Der Fehlbetrag vermindere Jahr um Jahr das Eigenkapital, das in 8 Jahren aufgebraucht sein werde. Dann müsste man eigentlich Insolvenz beantragen. Nach wie vor sei der Grund für den Fehlbetrag, dass man für die Pflichtausgaben und Auftragsangelegenheiten viel mehr ausbebe als man einnehme. Die Kredite zur Liquiditätssicherung hätten inzwischen astronomische Höhen erreicht und betragen mittlerweile 72 Millionen Euro. Diesen Krediten stehen auch keine Vermögenswerte gegenüber. Monatlich steige der Betrag der Kassenkredite um rund 1,5 Millionen Euro an. Hier passe ein Zitat besonders gut: „Ein Defizit ist, was man hat, wenn man weniger hat, als man hätte, wenn man nichts hat!“ Schulden seien nicht grundsätzlich schlecht, aber die Dosis mache das Gift.

Das Kernproblem seien auch nicht die Investitionskredite, sondern die laufenden Aufwendungen insbesondere für Jugend und Soziales. Nun könne man aber auch nicht die Investitionen einstellen, sonst könnte man die Aufgaben als Schulträger, im Bereich der Kindertagesstätten, der Stadtentwicklung, dem Brand- und Katastrophenschutz und der Konversion nicht mehr erfüllen. Der Gesamtkreditbedarf für den Kernhaushalt und das GML betrage 3,56 Millionen Euro. Damit seien die Anforderungen der ADD an die Kreditlinie für dieses Jahr erfüllt.

Beim Ausblick auf die Finanzplanungsjahre bis 2014 habe man im Erstentwurf einen jährlichen Kreditbedarf von 11 bis 13 Millionen Euro gehabt. Aktuell habe man dies in bereits schwierigen Beratungen nach unten gedrückt. Es zeige sich aber, dass man mehr schieben müsse, als man investiere. Er könne den Rat nur ermutigen, klar auf Kurs zu bleiben und den Bürgern reinen Wein einzuschenken.





Hauptknackpunkte des kommenden Haushalts werden die anstehende Großmaßnahme Sanierung der Berufsbildenden Schule und der Ersatzneubau der Rundsporthalle. Man sei hier immer noch in Gesprächen mit dem Land, hier gelte der Finanzierungsvorbehalt.

Es werde noch schwieriger werden in den nächsten Jahren. Der Entschuldungsfonds des Landes sei ein Blick in die richtige Richtung. Solange man aber auf Bundes- und Landesebene nicht bereit sei, über Einschränkungen nachzudenken, werde sich für uns wenig verändern. Ohne Neuordnung der kommunalen Finanzen werde es nicht gehen. Er appelliere, hier nicht parteipolitisch zu argumentieren, sondern die Sache der Stadt Landau in den Vordergrund zu rücken. Dann werde man es auch gemeinsam schaffen. Landau habe auch in den nächsten Jahren eine gute Zukunft.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion diesem Entwurf der Nachtragshaushaltssatzung zustimme. Mit diesem Nachtragshaushalt gehe es darum, inne zu halten und durchzuschneiden. Die Krise der Stadt Landau halte schon lange an, Licht am Ende des Tunnels sehe man kaum. In der Krise aber bewiese sich der Charakter. In Landau zeige man Charakter in dem man die richtigen Schwerpunkte setze. Die richtigen Schwerpunkte seien zum einen die Schulen. Hier seien bisher schon 27 Millionen Euro investiert worden, was aber noch lange nicht das Ende sei. Die Hoffnung einiger Schulleiter, dass man neu sortieren werde, müsse man enttäuschen. Die Maßnahmen seien schon vorgedacht und zum Teil schon Aufträge vergeben. Charaktervoll sei es auch, Schwerpunkte im Bereich der Kindertagesstätten zu setzen. Trotz schon beachtlicher Erfolge, müsse man weitere Anstrengungen unternehmen.

Auch die Stadtentwicklung stelle keinen Luxus dar. Dies gelte auch für die Landesgartenschau, die kein Luxus, sondern eine Maßnahme der Stadtentwicklung sei. Schon vor der Landesgartenschau sei man sich einig gewesen über die Entwicklung dieses Gebietes und auch darüber, was dies kosten werde. Daher verstehe er die Kritik mancher an dieser Entscheidung nicht.

Ratsmitglied Hott stellte fest, dass man sich über die wesentlichen Grundzüge wie Schulsanierungen, Kindertagesstätten und Landesgartenschau weitgehend einig sei. Die Haushaltslage der Stadt sei dramatisch. Dies habe strukturelle Ursachen und sei ohne eine grundsätzliche Reform der Kommunalfinanzen nicht zu lösen. Wenn man so weiter mache, sei das Eigenkapital der Stadt in 8 Jahren aufgebraucht. Es müsse die Frage gestellt werden, was dann komme wenn das Eigenkapital aufgebraucht ist. Die Konsequenz wäre die Insolvenz. Damit es aber so weit nicht komme, müssten Bund und Land die Kommunen finanziell so ausstatten, dass die Pflichtausgaben auch zu 100 % erfüllt werden können. Hier gelte das Motto „Wer bestellt, bezahlt“. Es sei auch hier nicht einzusehen, warum die Stadt die Sanierung der Berufsbildenden Schule zu 100 % bezahlen solle, obwohl nur ein geringer Teil der Schüler aus Landau komme. Diese Herkulesaufgabe könne man alleine nicht schultern. Hilfreich wäre eine Kommunalreform, die sich der Stadt-Umland-Problematik annehme. Mancher Wunsch sei nur schwer oder gar nicht erfüllbar. So werde auch der Abriss der Rundsporthalle und der Neubau einer Sporthalle wieder auf die Tagesordnung kommen müssen. Ohne Zuschuss des Landes werde man sich einen Hallenneubau nicht leisten können. Auch mit dem Antrag auf Neuregelung des Friedhofsbudgets wolle man keine neuen Standards schaffen, sondern den Zustand der Friedhöfe zumindest wahren.

Die CDU-Stadtratsfraktion unterstütze das Projekt Landesgartenschau 2014, wo immer sie könne. Der Oberbürgermeister könne sich diesbezüglich in allen Gremien auf die CDU verlassen. Dennoch beobachte man kritisch, ob die Landeszuschüsse so gegeben werden, wie man dies erwarte. Man erwarte hier möglichst schon bis zu den Haushaltsberatungen 2011 mehr Klarheit aus Mainz. Neben dem erhofften Erfolg müsse die Landesgartenschau auch Nachhaltigkeit haben. Daher sei es bedauerlich, dass sich die Universität offensichtlich nicht gut genug eingebunden fühle.

Solange die Ursachen für die Finanzmisere nicht beseitigt würden, mache es für die CDU wenig Sinn dem Entschuldungsfonds in der bisher angedachten Form beizutreten. Man dürfe nicht die letzten Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung wie Zoo, Schwimmbad oder Bibliothek aufgeben zum Preis einer kurzen positiven Momentaufnahme.

Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Schröer erinnerte an die Ablehnung des Haushaltes 2010 durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Es werde auch im Nachtragshaushalt deutlich, wie enorm die Anstrengungen zur



Sicherung der sozialen Leistungen seien. Auch die strukturellen Pflichtaufgaben erforderten einen hohen finanziellen Aufwand. Vor diesem Hintergrund begrüße man auch die Deckelung der Ausgaben für die Landesgartenschau. Um den vorgegebenen Kreditrahmen der ADD einzuhalten, seien im Eigenbetrieb GML wichtige Investitionen verschoben worden. Hierzu gehörten auch die dringend notwendigen Investitionen für die Sanierung des städtischen Wohnhausbesitzes. Auch jetzt seien die veranschlagten Mittel von 270.000 Euro auf 110.000 Euro gekürzt worden. Dies halte man angesichts des Sparpaketes der Bundesregierung für eine Fehlentscheidung. Dagegen seien 180.000 Euro für einen Ersatzneubau einer Sporthalle eingestellt worden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spreche sich angesichts der sich weiter verschärfenden Finanzkrise der Stadt gegen den Neubau einer Sporthalle aus. Auch die im letzten Jahr beantragte und beschlossene Ausweisung der Strom- und Heizungskosten sei nicht in den Wirtschaftsplan des GML eingearbeitet. Um ein politisches Signal zu setzen, werde die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion gegen den Wirtschaftsplan des GML stimmen und sich beim Nachtragshaushaltsplan enthalten.

Ratsmitglied Volkhardt erläuterte, dass bei den Beratungen im Ältestenrat der eigentliche Nachtragshaushalt kaum eine Rolle gespielt habe. Die Erhöhung des Fehlbetrages um 770.000 Euro sei nur noch mit Achselzucken zur Kenntnis genommen worden. Einen viel größeren Raum habe die Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2014 eingenommen. Es gebe erhebliche Bedenken hinsichtlich der Finanzierung des Neubaus der Sporthalle als Ersatz für die Rundsporthalle. Klar sei, dass hier ohne Finanzhilfe des Landes gar nichts gehe. Aber auch mit den Landeszuschüssen werde es sehr schwer werden. Bezüglich der Sanierung der Berufsbildenden Schule spreche sich die FWG-Stadtratsfraktion für eine stärkere Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden aus, da 70 % der Schüler an der BBS aus dem Landkreis kommen.

Nötig sei aber auch Disziplin bei den Fraktionen des Stadtrates. Es sei bedenklich, wenn immer wieder kostenpflichtige Anträge gestellt werden wie Transportkarren für den Friedhof, eine Registrierungspflicht für Katzen oder den Windelsack. Bisher gebe es keine Idee, wie man aus dem Finanzdilemma rauskommen könne. Der vom Land vorgeschlagene Entschuldungsfonds zeige zum ersten Mal ein wenig Licht am Ende des Tunnels. Man sollte den Entschuldungsfonds als Chance sehen, auch wenn er sicher nicht der große Wurf sei.

Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Dr. Wissing erklärte, dass die FDP-Stadtratsfraktion dem Nachtragshaushalt ebenfalls zustimmen werde. Das Dilemma sei, dass man auf der einen Seite nur das Notwendige tun könne und sich andererseits aber die Visionen für die Entwicklung der Stadt erhalten wolle. Eine große Hoffnung gehe in die Neuordnung der Kommunalfinanzen nach dem Konnexitätsprinzip. Sie bezweifle, dass der Entschuldungsfonds des Landes, der quasi eine „Bad Bank“ sei, die große Lösung sei.

Man sollte die Finanzkrise als Herausforderung annehmen, kreativ das Notwendige verwalten und das Sparen als Herausforderung sehen.

Ratsmitglied Dr. Migl sah in dem vorliegenden Nachtragshaushalt keinen Willen zum Sparen. Immer noch glaube man, dass noch alles möglich sei. Der Entschuldungsfonds des Landes sei für sie nicht attraktiv, da man viele Rechte an das Land abtreten müsste. Dies unterhöhle die kommunale Demokratie.

Angesichts der Personalausgaben müssten Personalthochstufungen auf den Prüfstand. Die Personalpolitik der UBFL sei darauf eingestellt, kein Personal zu kürzen, sondern die angespannte Personalsituation zu verbessern und Neueinstellungen vorzunehmen. Im Gegenzug sollten dann die Beschäftigten länger auf Beförderungen warten.

In den städtischen Wohnhausbesitz werde nach wie vor nicht genügend investiert. Weiter würden die Rückstellungen von 800.000 Euro für das erwartete Defizit der Landesgartenschau den Haushalt zusätzlich belasten. Dies sei ihrer Meinung nach ein zu großes Risiko. Man beklage die Schulden, mache aber einfach weiter so. Es sei nach wie vor nicht bekannt, mit wie viel sich das Land an der Landesgartenschau beteiligt. Dies sei sehr ärgerlich. Man habe hier dadurch Planungen, die nicht auf einer soliden Grundlage stehen. All dies seien Gründe, dass die UBFL-Stadtratsfraktion den Nachtragshaushalt ablehne.



Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

**A) den Nachtragshaushalt, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:**

<b>1.</b>	<b>im <u>Ergebnishaushalt</u></b>	
	der Gesamtbetrag der Erträge auf	91.189.044,00 €
	der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>115.440.150,00 €</u>
	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	- 24.251.106,00 €
<b>2.</b>	<b>im <u>Finanzhaushalt</u></b>	
	die ordentlichen Einzahlungen auf	85.979.044,00 €
	die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>104.001.485,00 €</u>
	Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 18.022.441,00 €
	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0,00 €
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0,00 €</u>
	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0,00 €
	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	11.213.210,00 €
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>20.017.781,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	- 8.804.571,00 €
	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	28.188.780,00 €
	die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>1.361.768,00 €</u>
	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	26.827.012,00 €
	der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	125.381.034,00 €
	der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>125.381.034,00 €</u>
	Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	- 0,00 €
<b>3.</b>	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b>	11.874.314,00 €
<b>4.</b>	<b>über den <u>Wirtschaftsplan</u></b>	
<b>4.1.</b>	<b>Gebäudemanagement Landau</b>	
	<b>Erfolgsplan</b>	
	Erträge	11.103.250,00 €
	Aufwendungen	<u>12.240.550,00 €</u>
	Jahresfehlbetrag:	- 1.137.300,00 €
	<b>Vermögensplan</b>	
	Einnahmen	8.299.500,00 €
	Ausgaben:	8.299.500,00 €
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b>	
	für das Jahr 2011	3.554.500,00 €
	für das Jahr 2012	2.160.000,00 €
	<b>Gesamtbetrag der Kredite</b>	2.469.700,00 €
	<b>Gesamtbetrag der Kassenkredite</b>	3.000.000,00 €
<b>5)</b>	<b>über den <u>Nachtragsstellenplan</u></b>	



**B ) Hinsichtlich der veranschlagten Investitionen im Haushalt der Stadt Landau und den Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Gebäudemanagement, der Landesgartenschau Landau 2014 gemeinnützige GmbH und der Projektgruppe LAGA beim EWL beschließt der Stadtrat folgendes Verfahren zur Optimierung der Finanzsteuerung:**

- 1. Der Beginn von förderfähigen Maßnahmen ab einer Gesamtinvestitionssumme von 20.000 Euro, ausgenommen hiervon sind Planungsleistungen, ist grundsätzlich dem Stadtvorstand vorher anzuzeigen. Als Maßnahmebeginn gilt die Einleitung des Verfahrens.**
- 2. Weichen die Höhe der im Haushalt oder den Wirtschaftsplänen veranschlagten Drittfinanzierungsmittel (Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge) oder die Kassenwirksamkeit von den Planansätzen krediterhöhend ab, ist vor Maßnahmebeginn und Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen durch die jeweils verantwortlichen Bereiche das Einvernehmen mit dem Stadtvorstand herzustellen und darzulegen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann.**
- 3. Im Kernhaushalt bleiben alle Haushaltsansätze für Investitionen wie bisher gesperrt. Mittelfreigabeanträge sind vor der Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen an die Kämmereiabteilung zu richten, ab einer Höhe von 20.000 € entscheidet der Stadtvorstand über die Mittelbereitstellung. Ziffer 2 gilt entsprechend.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.1. (öffentlich)

# **1. Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2010**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 2. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

**a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigelegten 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2010 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz mit folgenden Zahlen:**

## **Erfolgsplan:**

<b>Erträge</b>	<b>11.103.250,00 EURO</b>
<b>Aufwendungen</b>	<b>12.240.550,00 EURO</b>
<b>Differenz:</b>	<b>- 1.137.300,00 EURO</b>

## **Vermögensplan:**

<b>Einnahmen</b>	<b>8.299.500,00 EURO</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>8.299.500,00 EURO</b>

**Der Gesamtbetrag der Kredite 2010 wird festgesetzt auf 2.469.700,00 EURO.**

**Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.**

**b) die im Rahmen des Investitionsprogrammes für die Finanzplanungsjahre 2011 bis 2013 festgelegten Maßnahmen.**

**In diesem Zusammenhang wird der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen festgesetzt:**

<b>für das Jahr 2011 auf</b>	<b>3.554.500,00 EURO</b>
<b>für das Jahr 2012 auf</b>	<b>2.160.000,00 EURO</b>

**Hierfür müssen in den künftigen Wirtschaftsjahren voraussichtlich Investitionskredite in 2011 in Höhe von 2.572.500 EURO und in 2012 in Höhe von 1.617.000 EURO aufgenommen werden.**

**Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung der Stadt Landau.**

**c) den Nachtrag zur Gesamtstellenübersicht für das Gebäudemanagement Landau.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

**Aufhebung der "Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Altstadt Landau Nord-West'"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 29. Juli 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Für den in § 2 der "Satzung zur Aufhebung der Restflächen der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Altstadt Landau Nord-West'" gelegenen Bereich wird die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes gemäß § 162 Abs. 2 BauGB durch Satzung aufgehoben (Aufhebungssatzung, Anlage)**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

**Aufhebung der "Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Landau Godramstein - mittlerer Ortskern'"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. August 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Für den in § 2 der "Satzung zur Aufhebung der Restflächen der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Landau Godramstein – mittlerer Ortskern'" beschriebenen, in der Gemarkung Godramstein gelegenen Bereich wird die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes gemäß § 162 Abs. 2 BauGB durch Satzung aufgehoben (Aufhebungssatzung, Anlage)**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)**

**Bebauungsplan D 11 "Froschau" der Stadt Landau in der Pfalz, Aufstellungsbeschluss (Gebiet in der Gemarkung Landau, östlich der Kraftgasse, südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65 - genaue Abgrenzung siehe Anlage 1)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 5. August 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Bernhard stellte das Projekt nochmals ausführlich dar. Es gehe darum, die Rechtskraft für die Umgestaltung dieses Unfallschwerpunktes zu erwirken. Die Lärmauswirkungen für Queichheim dürften durch diese Planung eher geringer ausfallen. Man habe aber auch ein Lärmschutzgutachten für diesen Bereich in Auftrag gegeben. Dieses werde derzeit erstellt.

Ratsmitglied Dr. Kopf teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion diesem Bebauungsplan mit der Kreisellösung zustimmen werde. Die Maßnahme sei eine wichtige verkehrstechnische Verbesserung und eine wichtige Weichenstellung für die Landesgartenschau. Knackpunkt sei ja die geplante Tankstelle in diesem Gebiet, auch wenn diese nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes sei. Die SPD habe sich aber von den Ausführungen der Verwaltung zu der Tankstelle überzeugen lassen. Es müsse aber darauf geachtet werden, dass es durch diese Tankstelle keinen zusätzlichen Verkehr gebe. Dies wäre der Fall, wenn es einen größeren Tankstellenshop gäbe. Hier sollte die Verkaufsfläche restriktiv eingeschränkt werden.

Ratsmitglied Doll bezeichnete die herbeizuführenden Beschlüsse als zielführend. Es gehe hier um eine zukunftsgerichtete, verkehrssichere und leistungsfähige Anbindung an das Autobahnnetz. Im Hinblick auf die Landesgartenschau 2014 habe dieser Umbau eine hohe Priorität. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Ellinghaus stellte fest, dass hier eine weitere große Fläche versiegelt werden solle. Diese Maximallösung werde man auf keinen Fall mittragen. Was hier vorgelegt werde, sei nur die halbe Lösung des Problems. Konsequenterweise müsste man das gleiche auf der östlichen Seite noch mal machen. Der vorgesehene Flächenverbrauch stehe in keinem Verhältnis zu dem was erreicht werde. Daher lehne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass es hier nicht um eine Tankstelle, sondern um weniger Staus und damit weniger Unfälle gehe. Man sehe mit dieser vorgeschlagenen Lösung auch positive Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Wissing bat darum, trotz des Flächenverbrauchs den Kreisel so zu bauen, dass er auch für LkW's nutzbar ist. Hier sollte man nicht an der falschen Stelle sparen. Auch die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Ratsmitglied Marquardt stellte klar, dass die UBFL die Landesgartenschau wegen der unklaren Finanzierung abgelehnt habe. Er erinnerte daran, dass der Bauausschuss dieser Vorlage nur unter dem Vorbehalt zugestimmt habe, dass auch der Ortsbeirat Queichheim der Vorlage zustimme. Dieser habe aber mehrheitlich abgelehnt. Völlig unklar sei noch, wie der Kreuzungsbereich Kraftgasse/Otto-Hahn-Straße geregelt werde. Er sei der Meinung, dass es hier zu mehr Verkehr und damit auch zu mehr Lärm kommen werde. Ein weiteres Problem sei der Lärmschutz. Aufgrund der dortigen Geologie mache eine Lärmschutzmaßnahme aufgrund der Entfernung dort entlang keinen Sinn. Auch wenn die Tankstelle nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes sei, so sei sie dennoch ganz klar geplant. Alles andere sei Augenwischerei. Um eine Tankstelle wirtschaftlich zu betreiben, müsste sie 24 Stunden geöffnet sein. Dies werde zu einer höheren Lärmbelastung für die Queichheimer Bürger führen. Außerdem habe man hier auch einen höheren Flächenverbrauch. Aus all diesen Gründen werde die UBFL-Stadtratsfraktion diese Sitzungsvorlage ablehnen.





Der Vorsitzende stellte klar, dass der Kreisel nichts mit der Landesgartenschau und auch nichts mit der Tankstelle zu tun habe. Beim Thema Lärmschutz werde selbstverständlich alles eingehalten, was gesetzlich normiert sei. Eine Tankstelle ziehe auch nicht zwingend zusätzlichen Verkehr an. Er könne das ganze auch aus Queichheimer Sicht nicht nachvollziehen. Letztlich müsse der Stadtrat das Gesamtinteresse der Stadt sehen.

Ratsmitglied Scheid sah es noch als völlig ungeklärt an, wie die Anbindung der Otto-Hahn-Straße an den Kreisel erfolgen solle. Schon vor Jahren habe der Ortsbeirat Queichheim beschlossen, dass die Kraftgasse keine Anbindung an das Gewerbegebiet bekommen solle, um zusätzlichen Verkehr zu vermeiden. Als man vor Jahren das Erlebniscenter geplant habe, habe man verkehrstechnisch genau das Gegenteil behauptet. Die SPD sei nicht gegen die Landesgartenschau, sondern gegen die Südtangente.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erkundigte sich nach der Dimension des Kreisels im Vergleich zum Kreisel am nördlichen Stadteingang.

Herr Bernhard erläuterte hierzu.

Ratsmitglied Doll machte noch mal deutlich, dass aus Sicht der CDU-Stadtratsfraktion diese Tankstelle dringend nötig sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 8 Nein-Stimmen:

1. **Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet der Gemarkung Queichheim östlich der Kraftgasse, südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65 wird für die Errichtung einer Kreisverkehrsanlage und der dazugehörigen Straßenverläufe gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan D11 „Froschau“ aufgestellt.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele vorzunehmen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

### Aufstellung des Bebauungsplanes C25 "Konversion Landau-Süd / Landesgartenschau"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 5. August 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man schaffe mit diesem Beschluss die baurechtliche Grundlage nicht nur für das Gelände der Landesgartenschau, sondern für das gesamte südliche Gebiet. Das Hauptaugenmerk liege auf dem Gebiet des künftigen Wohnparks Am Ebenberg. Zur Korrektur der erwarteten Bevölkerungszahl könne er sagen, dass die ursprünglichen Zahlen vor einigen Jahren ermittelt worden seien. Bevölkerung entwickle sich aber, dann müsse die Politik auch Dinge korrigieren. Die Südtangente könne heute noch gar nicht entschieden werden, da man gar nicht wisse wie der Verkehr und die Verkehrsströme sich zukünftig entwickeln. Dieser Prozess sei nicht abgeschlossen. Die Südtangente werde dann kommen, wenn man sie zum Zeitpunkt der Entscheidung als notwendig erachte. Dieser Bebauungsplan sei ein großer Wurf für die Stadtentwicklung.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Bebauungsplan zustimmen werde. Die Südtangente dürfe nach Auffassung der SPD nur gebaut werden, wenn sie verkehrstechnisch erforderlich sei. Angesichts der sich abzeichnenden Bevölkerungsentwicklung könne es durchaus sein, dass man auf die Südtangente verzichten könne, zumal man diese auch nicht geschenkt bekomme. Diese Schlacht um die Südtangente werde aber später geführt. Der Bebauungsplanentwurf als ganzes finde die volle Zustimmung der SPD-Fraktion. Es sei alles enthalten, was man eingebracht habe. Mit dem Bebauungsplan sollten ökologische Akzente gesetzt werden, vor allem im Bereich der Haustechnik. Es solle ja ein CO<sup>2</sup>-armes Gebiet entstehen. Mit diesem Bebauungsplan sei man auf dem richtigen Weg.

Ratsmitglied Eichhorn betonte die große Dimension dieses Bebauungsplanes. In der Frage der Südtangente sei die CDU völlig leidenschaftslos. Die Südtangente sei für die CDU kein Dogma und auch kein Automatismus. Nicht verständlich sei die Aufregung der UBFL über die Reduzierung der prognostizierten Einwohnerzahl. Dies sei ein ganz normaler Vorgang, letztlich könne auch diese neue geschätzte Bevölkerungszahl schon wieder falsch sein. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Ellinghaus machte deutlich, dass Bündnis 90/Die Grünen kein Problem mit dem Bebauungsplan, wohl aber mit der Südtangente hätten. Wenn man heute dem Bebauungsplan zustimme, dann deshalb weil glaubhaft gemacht worden sei, dass die Frage der Südtangente offen bleibe. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme der Sitzungsvorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Volkhardt stellte fest, dass hier ein sehr großes Gebiet beplant werde. Die Aufstellung des Bebauungsplanes sei wichtig für die Entwicklung des Konversionsgebietes Süd und für die Landesgartenschau. Strittig bleibe nach wie vor die Südtangente. Hier habe die FWG immer erklärt, dass man für die Südtangente sei auch zur Entlastung der Rheinstraße. Etwas überrascht sei man über die Reduzierung der angenommenen Einwohnerzahl. Dies komme aber der Qualität dieses Wohngebietes entgegen und scheint angesichts der demographischen Entwicklung auch angemessen. Man wolle eine Antwort auf die Frage, wie sich die Reduzierung der Bevölkerungszahl auf den Kostenanteil der Stadt bei der Erschließung auswirken werde. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Wissing teilte mit, dass die FDP-Stadtratsfraktion dem Aufstellungsbeschluss ebenfalls zustimme.

Ratsmitglied Dr. Migl war verwundert über die deutliche Reduzierung der angenommenen Einwohnerzahl dieses Gebietes. Wenn man schon die Einwohnerzahl nach unten korrigiere, müsse man auch an anderen Stellen Korrekturen vornehmen. Hier stimme der gesamte Rahmen teilweise nicht. Korrigieren müsste man beispielsweise die Planung für die Südtangente. Dies nicht nur wegen



der Einwohnerzahl, sondern auch aus finanziellen Gründen. Sie frage sich, wer die 20 Millionen Euro für die Südtangente bezahlen solle. Für die UBFL sei ein weiterer Knackpunkt das Gewerbegebiet Ost. Auch dieses müsste aus finanziellen Gründen herausgenommen werden. Man erkenne, dass man kein Geld habe, aber ändere nichts. Dies sei keine gute Politik. Die Landesgartenschau sei ein temporäres Ereignis von einem halben Jahr. Um irgendwelche Straßenbaumaßnahmen durchzusetzen, werde die Landesgartenschau als wahlloses Argument genommen. Beim Ebenberg handle es sich um ein ökologisch sensibles Gebiet. Sie wolle sich hier bezüglich der Südtangente nicht auf die Willenserklärungen verlassen, denn diese seien in der Regel nichts wert. Aus all diesen Gründen lehne die UBFL-Stadtratsfraktion die Sitzungsvorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

- 1. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „B4c“ (Güterbahnhof Ost) vom 26. Mai 1998, bekannt gemacht am 02. Juli 1998, wird aufgehoben und durch den folgenden Beschluss ersetzt.**
- 2. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet der ehemaligen Kaserne Estienne et Foch, dem nordöstlich angrenzenden ehemaligen Güterbahnhof Ost und den sich südlich der Bahnlinien anschließenden, zukünftigen Landesgartenschauflächen bis zur Grenze des Ebenberges (ehemaliges Kohlelager, Kraftwerk Geothermie, ehemaliges französisches Stadion) einschließlich der Trasse der zukünftigen Süderschließung wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan C25 „Konversion Landau-Süd / Landesgartenschau“ aufgestellt.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele vorzunehmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)**

**Aufstellung der 12. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C25 "Konversion Landau-Süd / Landesgartenschau"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 2. August 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 4 Nein-Stimmen:

- 1. Für das in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage zeichnerisch umgrenzte Gebiet wird die Aufstellung der 12. Teiländerung des am 27. Januar 2000 wirksam gewordenen Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum Bebauungsplan C25 „Konversion Landau-Süd / Landesgartenschau“ beschlossen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorzunehmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)**

**Jahresabschluss 2009 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 1. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Man lege den ersten Jahresabschluss als selbstständiges Unternehmen vor mit einem guten Ergebnis. Diese guten Ergebnisse dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass es große Herausforderungen zu bewältigen gebe. Im Bereich der Abfallwirtschaft werde es nicht zuletzt durch das Müllheizkraftwerk in Pirmasens zu einem großen Druck auf die Gebühren kommen. Durch das sehr gute Arbeiten des Bauhofes seien die Verlustvorträge der Vorjahre nun endgültig eliminiert. Der Jahresabschluss zeige, dass man den richtigen Weg gewählt habe, den Eigenbetrieb in eine Anstalt zu überführen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der Verwaltungsrat beschließt gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau  
den Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2009 auf der Aktivseite und Passivseite mit 89.311.354,38 € und den Jahresgewinn in Höhe von 1.821.486,79 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige**

- Abwasserbeseitigung mit 862.907,03 €
  - Abfallentsorgung mit 445.727,22 €
  - Bauhof mit 449.760,10 €
  - Straßenreinigung 63.092,44 €
- zusammensetzt, wie folgt zur verwenden:

**Der Jahresüberschuss der Betriebszweige Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung und Straßenreinigung wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresüberschuss des Betriebszweiges Bauhof wird in Höhe von 164.966,13 € zum vollständigen Ausgleich des bestehenden Verlustvortrages verwendet, der verbleibende Jahresüberschuss in Höhe von 284.793,97 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.**

- 2. Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zu**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

## 2. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau

Der Vorsitzende und Bürgermeister Hirsch erläuterten die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 1. September 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion die Vorlage ablehne, da hier Kosten für die Projektteilung Landesgartenschau mit erheblichen Personalkosten eingestellt seien.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Ja-, 2-Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

1. Der Verwaltungsrat beschließt gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigelegten 2. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts für das Jahr 2010 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau und Straßenreinigung mit folgenden Zahlen:

### Erfolgsplan

Erträge	15.305.000 €
Aufwendungen	15.189.000 €

### Vermögensplan

Einnahmen	9.252.000 €
Ausgaben	9.252.000 €

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

für das Jahr 2011	4.330.000 €
für das Jahr 2012	1.000.000 €

Der Gesamtbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf: 150.000 €

2. Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs über den 2. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2010 zu.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

### Leitbild EWL

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 5. August 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Das Leitbild sei die strategische Ausrichtung und Perspektive des EWL.

Der Vorsitzende ergänzte, dass Leitbilder nur Sinn machen, wenn es so gemacht werde wie beim EWL. Hier seien die Mitarbeiter in vorbildlicher Weise eingebunden worden. Dazu gehöre auch die regelmäßige Überprüfung des Leitbildes.

Ratsmitglied Scharhag lobte die engagierte Mitarbeit der Beschäftigten des EWL in den Workshops. Diese hätten sehr genau hingeschaut und Defizite angesprochen. An diesen Defiziten müsse gearbeitet werden. Erforderlich sei, dass das Leitbild stets überprüft werde, damit man sehe, ob diese Visionen umgesetzt werden können. Sonst nütze das beste Leitbild nichts. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Prokop erklärte, die Wertigkeit des Leitbildes stehe und falle mit der Identifikation der Mitarbeiter. Daher sei es wichtig, dass das Leitbild in Zusammenarbeit der Mitarbeiter und der Führungsspitze erarbeitet worden sei. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schröer begrüßte dieses Leitbild ebenfalls. Die Umsetzung sei ein schwieriger Weg und erfordere Ausdauer.

Ratsmitglied Volkhardt schloss sich den bisherigen Ausführungen an und erklärte die Zustimmung der FWG-Stadtratsfraktion.

Ratsmitglied Dr. Wissing stimmte dem Leitbild für die FDP-Stadtratsfraktion ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sah in dem Leitbild einen positiven Anreiz für die Arbeit des EWL. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dem vom Verwaltungsrat beschlossenen Leitbild zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)**

**Einstufung des Oberbürgermeisters und Bürgermeisters**

*Oberbürgermeister Schlimmer und Bürgermeister Hirsch nahmen wegen Befangenheit aus persönlichen Interessen an der Beratung und Beschlussfassung dieses Punktes nicht teil.*

*Den Vorsitz führte Herr Beigeordneter Klemm.*

Beigeordneter Klemm erläuterte die Sitzungsvorlage der Personalabteilung vom 25. August 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass die Ämter des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters öffentliche Ämter seien, die vom Steuerzahler bezahlt werden. Angesichts des defizitären Haushaltes der Stadt halte sie es für ein völlig falsches Signal an die Bürger, wenn man nun diese beiden hoch stufe. Zudem sei durch die beiden ehrenamtlichen Beigeordneten und durch die Stelle des Referenten des Oberbürgermeisters eine zusätzliche Entlastung eingetreten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würden der Vorlage und damit der Höherstufung des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters nicht zustimmen.

Ratsmitglied Marquardt stellte fest, dass Landau unter 45.000 Einwohner liege. Hier sei zwar eine Einstufung in B 6 für den Oberbürgermeister möglich, es könnte aber auch B 5 sein. Es sei der ausdrückliche Wunsch gewesen, zur Entlastung zwei Beigeordnete zu installieren. Dann interessiere ihn schon die Begründung, warum die Stadtspitze dieses zusätzliche Geld brauche. Er finde, ein positives Signal an die Öffentlichkeit wäre gut, dass man in Zeiten leerer Kassen sich beschränke und dem derzeit schlechten Ruf der Politiker entgegenwirke. Der Oberbürgermeister und Bürgermeister könnten ein Zeichen setzen und zurückstecken. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Schwarzmüller fand es unverständlich, dass jetzt, wo man kein Geld habe, noch der Oberbürgermeister und Bürgermeister höhergruppiert werden. Die Sitzungsvorlage sei jetzt nicht richtig.

Beigeordneter Klemm stellte klar, dass auch bereits in früheren Jahren der Oberbürgermeister und der Bürgermeister nach B 6 und B 4 bezahlt wurden. Zudem seien beide am 1. Januar 2011 bereits 3 Jahre im Amt, beide hätten also ein Jahr länger auf die höhere Einstufung gewartet. Beim Blick auf die freie Wirtschaft stelle man fest, dass dort Führungskräfte wesentlich höher bezahlt würden.

Ratsmitglied Schröer entgegnete, dass man dies ja wohl nicht mit der freien Wirtschaft vergleichen könne. Beide seien ja aus gutem Grund nicht in der freien Wirtschaft.

Ratsmitglied Dr. Kopf hielt es für wichtig, dass die gesetzliche Wartefrist und ein weiteres zusätzliches Jahr eingehalten worden sei. Wenn man bedenke, was Führungskräfte beispielsweise auf Bundes- oder Landesebene bekämen, könne man hier sicher nicht von einer Überbezahlung sprechen. Man müsse auch mal sehen, was von beiden auch an hohem zeitlichen Aufwand geleistet werde.

Ratsmitglied Kautzmann war der Meinung, dass man dieses Thema natürlich nicht von den Stammtischen fernhalten könne. Er sei aber sicher, dass man an den Stammtischen auch anerkennen werde, dass beide eine ordentliche Arbeit leisten. Dies rechtfertige die übliche Bezahlung, wie sie auch vom Gesetzgeber festgelegt sei.

Ratsmitglied Volkhardt stellte fest, dass dies hier im Grunde nichts anderes sei, als eine rechtmäßige regelmäßige Beförderung, wie man sie oftmals hier im Rat beschließe.





Ratsmitglied Lerch erklärte, dass im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz der Stadtvorstand in Landau sehr preisgünstig besetzt sei. Zudem müsse man auch bedenken, dass die Stadt durch die Tatsache, dass der Bürgermeister zugleich auch Geschäftsführer der Stadtholding sei, auch Geld einspare. Daher sei dies durchaus eine akzeptable Lösung.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

**Es wird zugestimmt, dass Herr Oberbürgermeister Hans-Dieter Schlimmer in die Besoldungsgruppe B 6 und Herr Bürgermeister Thomas Hirsch in die Besoldungsgruppe B 4 mit Wirkung vom 1. Januar 2011 höhergestuft werden.**

*Oberbürgermeister Schlimmer und Bürgermeister Hirsch nahmen nach der Beschlussfassung dieses Punktes wieder an der Sitzung teil.*



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)**

**Informationen zur Landesgartenschau**

Der Vorsitzende stellte fest, dass man in der heutigen Sitzung einige wichtige Weichenstellungen auf den Weg gebracht habe. Im Moment sei die Umsiedlung der Mauereidechsen im Gange. Die Sanierung des Gebäudes 12 werde jetzt ins parlamentarische Verfahren gebracht. In der Sitzung des Aufsichtsrates am

29. September 2010 werde man einen Beschluss zum Preisgericht für den Landschaftsarchitektenwettbewerb fassen.

Ebenfalls am 29. September komme die Fachebene des Ministeriums in die Verwaltung, um letzte Fragen zur Finanzierung zu erörtern. Er hoffe, dass dann möglichst bald Klarheit über die finanzielle Beteiligung des Landes bestehe. Klar sei, dass man bis zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 eine definitive Kostenzusage des Landes benötige.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)**

**Verschiedenes**

Der Vorsitzende teilte mit, dass die Sitzung des Werksausschusses GML am 4. Oktober entfalle.

Ratsmitglied Eisold sprach seine schriftliche Anfrage zur Holzverladung im Justus und zur Tankstelle an der Wollmesheimer Straße an. Er habe hierzu heute im Stadtrat eine Antwort haben wollen.

Der Vorsitzende bestätigte den Eingang der Anfrage. Er habe dies in die Fachabteilungen gegeben und werde in den nächsten Tagen schriftlich antworten.

Ratsmitglied Vogler bat um Mitteilung, ob im Stadion eine Flutlichtlampe, die die Basketballanlage beleuchte zur Laufbahn gedreht werden könne.

Der Vorsitzende sicherte eine Überprüfung zu.



Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 28.09.2010 umfasst 27 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 239.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete